



Gegründet am 14.12.2019 in Hannover

BUNDESKONFERENZ DER POLNISCH- ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

c/o
Bundesvereinigung der Polnischlehrkräfte
Dircksenstr. 46
10178 Berlin

Frau Ministerin
Dr. Stefanie Hubig
Präsidentin der Kultusministerkonferenz
Taubenstraße 10
10117 Berlin

Berlin, den 21. Februar 2020

Sehr geehrte Frau Ministerin,

die Bundeskonferenz der Polnisch-Arbeitsgemeinschaften ist ein Zusammenschluss von Personen und Organisationen, die sich für die Förderung der polnischen Sprache in Deutschland engagieren. Am heutigen Tag, dem Internationalen Tag der Muttersprache, möchten wir für die **Stärkung der Position des Polnischen als Herkunftssprache an deutschen Schulen** werben. Herkunftssprachen betrachten wir als einen Beitrag zur individuellen und gesellschaftlichen Integration und als einen wichtigen Aspekt der europäischen Mehrsprachigkeit und kulturellen Vielfalt.

Knapp 2.000.000 Schülerinnen und Schüler in Polen lernen Deutsch, aber nur gut 11.000 Schülerinnen und Schüler in Deutschland lernen Polnisch¹. Die Zahl derjenigen unter ihnen, die Polnisch als Herkunftssprache lernen, ist nicht bekannt, das gilt auch für den diesbezüglichen Bedarf.

Im Jahre 2013 legte der Deutsch-Polnische Ausschuss für Bildungszusammenarbeit das Strategiepapier „Förderung der Herkunftssprache Polnisch“ vor². Sprachliche Bildung wird darin als eine unentbehrliche Ressource für den schulischen und beruflichen Erfolg und die gesellschaftliche Teilhabe in der globalisierten Welt angesehen. Mit den Autoren teilen wir die Überzeugung, dass der Unterricht des Polnischen als Herkunftssprache die Entwicklung einer interkulturell kompetenten Zugehörigkeit der Lernenden und damit ihr persönliches Wachstum fördert.

Ungeachtet der Empfehlungen des Deutsch-Polnischen Bildungsausschusses wird Polnisch als Herkunftssprache an staatlichen deutschen Schulen in mehreren Bundesländern überhaupt nicht angeboten. Dort, wo Angebote bestehen, gibt es häufig keine Kerncurricula oder Bildungspläne. Es fehlen qualifiziertes Lehrpersonal und geeignete Unterrichtsmaterialien. Zur Verfügung stehende ausgebildete Lehrkräfte

¹s. Zur Situation des Polnischunterrichts in der Bundesrepublik Deutschland. Beschluss der KMK vom 22.08.1991 i.d.F. vom 02.05.2017

²Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 20.06.2013

werden nicht zur Arbeit im Schulsystem zugelassen. Vor allem jedoch fehlt es an Information für interessierte Eltern und Schüler über bereits bestehende Angebote und strukturelle Möglichkeiten.

Es gibt auch einige positive Ansätze: der HSU-Polnisch in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz wie auch der muttersprachliche Unterricht in Brandenburg. Dort ist das Angebot als schulische Förderung gesetzlich verankert und wird erfolgreich umgesetzt. Aus diesen Erfahrungen mit Vorbildfunktion gilt es bundesweit zu lernen und Anwendungsmöglichkeiten über das jeweilige Bundesland hinaus zu prüfen. Ein wichtiges Desiderat bleibt die Zulassung der in Polen ausgebildeten Lehrer/innen und ihre Integration in das Schulsystem.

Sehr geehrte Damen und Herren,
als Mitglieder der Bundeskonferenz der Polnisch-Arbeitsgemeinschaften fordern wir Sie auf, Gespräche in allen Bundesländern mit Eltern- und Lehrervertretern aufzunehmen, um den HSU-Polnisch ins jeweilige Bildungssystem einzuführen bzw. bestehende Angebote zu stärken und flächendeckend zu gestalten. Als Kreis von Fachleuten und Engagierten (siehe Anhang) bieten wir den Bildungsbehörden eine kompetente Partnerschaft an. Unsere Experten verfügen über die notwendige Sachkenntnis und kennen die Wege, interessierte Eltern und Schüler/innen zielgerichtet zu erreichen. Ferner fordern wir Sie auf, die Integration in Polen ausgebildeter Lehrkräfte ins jeweilige Bildungssystem voranzutreiben, ihnen reguläre Arbeitsverhältnisse anzubieten und damit eine wichtige Kompetenzquelle für den herkunftssprachlichen Polnischunterricht zu erschließen.

Teilen Sie uns bitte mit, welche Schritte zur Verbesserung der Lage des herkunftssprachlichen Polnischunterrichts und der in Polen ausgebildeten Lehrkräfte in unserem Bundesland zum neuen Schuljahr 2020/2021 und in folgenden Jahren unternommen werden.

Unser langfristiges Anliegen ist es, bis zum 35. Jahrestag der Unterzeichnung des „Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ am 17.06.2026 ein möglichst gutes Angebot zum Polnisch als HSU flächendeckend in der Bundesrepublik zu erreichen.

Wir bitten Sie, unserer Aufforderung folgend, die Situation des HSU-Polnisch in Ihrem Bundesland einer besonderen Betrachtung zu unterziehen und darauf aufbauend, in einen Dialog mit uns zu treten, um noch in diesem Jahr wahrnehmbare Ergebnisse zu erzielen.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Bundeskonferenz der Polnisch-Arbeitsgemeinschaften:

Justyna Bonikowska (Verband der Polnischlehrer und Pädagogen in Deutschland)

Anna Zinserling (Bundesvereinigung der Polnischlehrkräfte)